

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Korrespondent: Emil Lüchow Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungssatz Nr. 3164

Für Freiheit und Frieden!

Wenn es im blutigen Meer der Menschheitsraerei heute nach vier langen Kriegsjahren überhaupt noch möglich ist, die Völker zur Besinnung zu rufen, so hat der neue Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die Worte dafür gefunden. Mehr noch: die Reichstagsmehrheit hat sich endlich von dem Gedanken und dem Willen leiten lassen, den die deutsche Sozialdemokratie seit Kriegsbeginn unermüdlich betätigt.

Gewiß hat die Kriegslage entscheidend dazu beigetragen, daß den Regierenden wie dem Bürgertum die Erkenntnis dämmerte, die bisherige Zickzack-Kriegs- und Friedenspolitik mit starkem alldeutschen Einschlag und Brest-Litowsker Abbreckungsfrieden mußte Deutschland über kurz oder lang in den Abgrund führen.

Und es war uns in allen 50 Kriegsmonaten weder Trost noch Beruhigung, daß auch die anderen Völker diesem Abgrund entgegengetaumelt sind oder gar darin schon verankert!

Zimmer wieder grüßte der menschlich Fühlende wohl in allen kriegführenden wie neutralen Ländern: Muß das noch länger ertragen werden?

Warum muß es ertragen werden?

Und jede Antwort, die wir schon kannten: „Die andern wollen keinen Frieden!“ befriedigte nicht.

Mar, scharf, unzweideutig mußte es endlich aus der gequälten Menschenseele heraus: Wir wollen nicht mehr so lange kämpfen, bis unsere Gegner kriegsmüde geworden sind, sondern wir selbst sind kriegsmüde und schämen uns dessen nicht, sondern wir rufen alle jene zur Scham auf, die uns noch weiter hetzen wollen in Eroberungskrieg, Siegfrieden und Machtbegier.

Wir wollen wieder Menschen sein in allen Ländern! Nicht länger uns wie wilde Tiere zerfleischen. Es muß ja einen Weg aus den Kriegswirrnissen geben!

Und wir freuen uns, daß Deutschland sich zielbewußt an die Spitze dieser Friedenswegfinder gestellt hat.

Wohl gemerkt, das Deutschland der breiten Massen des gequälten Volkes und des ährenden Bürgertums.

Die kleine Gruppe der alldeutschen Schreier und brutalen Eroberungspolitiker, denen wir zum großen Teil nicht nur diesen Krieg verdanken, sondern auch die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Situation, können sich auch heute noch nicht abwenden mit dem, was geschehen ist und geschehen mußte. Aber ihr Geseifeichert uns zurzeit nicht, höchstens könnten wir uns wohl geloben, daß ihnen nichts gedient werden soll.

Schwer wiegt die Frage, ob nun das feindliche Ausland, ob insbesondere Amerika und Wilson bereit sind, zu ihren eigenen Worten und Erklärungen zu stehen. Da mag sich im Moment wohl mancher Zweifel regen, und wir wagen nicht einmal, diesen Zweifel als rucklos zu bezeichnen — weil wir im Verlauf der langen Kriegszeit die Sprache der

Regierenden anders bewerten als die schlichte Sprache der menschlichfühlenden „einfachen“ Staatsbürger. Aber mag Amerika, England und das gleichfalls aus tausend Wunden blutende Frankreich in seinem regierenden Teil seine Antwort verknäueln wie es will, im Falle einer Ablehnung werden doch die Entente-Völker nur das eine Nein heraushören, und sie werden sich über kurz oder lang regen, wie wir uns geregt haben. Das ist unser Glaube und unsere Zuversicht! Denn es hieße andauernd an Vernunft, Fortschritt, Kultur und Menschlichkeit verzweifeln, wenn man nach dem stärksten Friedenssignal, das in diesem Weltkrieg jeht von uns gegeben wird, kein starkes Echo in der Seele der übrigen kriegführenden Völker hörte.

Zwar werden manche Zeitungen im Auslande ein mißtöniges Geschrei erheben — etwa wie bei uns die alldeutsche Presse aus Anlaß der Demokratisierung unseres Staates. Aber das ist doch nur der Versuch einer Betäubung oder auch der Wutausbruch geschädigter Eigeninteressen, niemals aber die wahre Stimme des Volkes.

Darum lassen wir uns jetzt die starke Friedenshoffnung nicht rauben, sondern arbeiten in allen Kreisen daran, daß sie geseigt werde, damit sie einzieht in alle Menschenherzen diesseits wie jenseits der Schlingengräben.

Deutschland hat durch eine große Tat — denn das ist die plöbliche Demokratisierung im Innern, wie auch die Friedensklärung vom 5. Oktober 1918 — bewiesen, wie ernst ihm der Wille zum sofortigen Frieden ist. Wir alle, insonderheit aber die gemeinschaftlich organisierten Arbeiter, hoffen, daß wir bald mit unseren heimkehrenden Arbeitsbrüdern den mannigfaltigen Aufgaben nachgehen können, die eine schwere Zeit uns auf lange hinaus stellt.

So begrüßen wir die Rede des Prinzen Max, als den Ausdruck der Willensfundgebung des deutschen Volkes. Möge sie fortwirken über Länder und Meere, bis alle Völker von ihr erfaßt sind.

Wir lassen nun das welthistorische Dokument im Wortlaut folgen:

Reichskanzler Prinz Max von Baden: Gemäß dem kaiserlichen Erlass vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs Höchste verdienten Grafen von Hertling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Willen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstage ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundzüge darlege, nach denen ich mein verantwortungsvolles Amt zu führen gedenke. Diese Grundzüge sind, bevor ich mich zu der Aebnahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Reichsparteien dieses hohen Saues festgelegt worden. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der

deutschen Volksvertreter, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsche zusammengestellt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seines Geschicks im weitesten Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner freierwählten politischen Führer erützt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen.

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft

zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen Ueberzeugungstreue Gefährdung ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschlie-
fung des Reichstags vom 19. Juli desselben Jahres. Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Star-
ken und Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der viel umrittenen keltischen Frage sieht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebiets-
umfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im besonderen an, daß sich in den baltischen Län-
dern, in Litauen und Polen, alsbald auf breiter Grundlage Volks-
vertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Vor-
aussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von
Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

In der inneren Politik habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheits-
parteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden. Meine Herren, ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß scheinbare Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungs-
mitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlich-
keit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegan-
gen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parla-
ment angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des
Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegelage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeit-
punkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge
standen.

M. S., ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichs-
leitung unter Mitwirkung des Reichstags gebildet worden ist,
nicht etwas Vorübergehendes darstellt, daß im Frei-
den eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich
nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende
Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach
zerstörte Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte,
einen einheitlichen, entschlossenen, politischen Willen zur Durch-
führung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willens-
bildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in
Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen,
einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in
die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mit-
zubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Ent-
wicklung niemals rückgängig gemacht werden.

Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschlands Geschick von
Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit
lebenden Volksteile und deren Vertreter, die nicht der Reichs-

leitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vater-
lande geben, was ihm heute gebührt.

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungs-
rechtlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom
30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mit-
glieder des Reichstags, die in die Reichsleitung eintreten, ihren
Sitz im Reichstag behalten. Eine entsprechende Vorlage ist dem
Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüg-
lich unterbreitet werden.

M. S.! Neben mir eingedenk der Worte, die der Kaiser am
4. August 1914 gesprochen hat und die ich im Dezember vorigen
Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es
Parteien, aber es sind alles Deutsche. Unter dem Zeichen dieses
kaiserlichen Wortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem füh-
renden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen und die Vorkämpfer
des Königs von Preußen, die das demokratische Wahl-
recht verkörpern, schnell und reiflos erfüllt werden. Die preussische
Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine
deutsche Frage, und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten,
die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch
zurückbleiben, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden.
Dabei halte ich unerlässlich für ein der liberativen Grund-
lagen des Reiches, als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder
ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestim-
men, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen An-
spruch hat. Die Selbständigkeit und Vielseitigkeit des Lebens in
den einzelnen Bundesstaaten, das enge treue Verhältnis, das jeden
Deutschen mit seinem Heimat und seinem Landesherren verbindet,
sind die Quellen, aus denen die unerschöpfliche Kraft, die Vater-
landsliebe und die Opferbereitschaft des deutschen Volkes während
des ganzen Krieges geflossen sind.

Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurch-
gezogen über die Handhabung des Belagerungszu-
standes. Sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die
strenge Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit ge-
hemmt. Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller krieg-
führenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse
nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber
es muß ein engeres Verhältnis zwischen dem Militär- und den Zivil-
behörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen, nicht
rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete
der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichts-
punkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung
kommen und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Ver-
antwortlichkeit des Reichstanzlers gestellt wird. Zu diesem Zweck
wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbehörden ergehen
und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüg-
lich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, be-
ginnnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer
Geschichte. Die innere Politik, die damit in ihren Grund-
zügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die
Frage über Krieg und Frieden. Die Stoßkraft, die die Regierung
in ihren Klärungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß
hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille
steht. Nur wenn die Feinde fühlen: das deutsche Volk steht
geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur
dann können Worte zu Taten werden.

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen
dabin wirken, daß in die Friedensverträge Vorschriften über Ar-
beiterchutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden,
welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten,
in ihren Ländern binnen einer gewissen Frist ein Mindest-
maß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur
Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der
Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich
rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Ar-
beiterverbände sowohl wie der Unternehmer.

Solange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind,
werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen
Kräften bemühen. Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden
Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen.

M. S.! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem
ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit allen
freunden Regierungsgrundrissen aushält. Noch näher auf Einzel-
heiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. Die Ver-
ratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regie-
rung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in
die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung
der wichtigsten Punkte heute hier wiedergeben vermag. Ich

glaube aber andererseits auch, daß dem hohen Gause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung dieser Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Ansicht über den allgemeinen Geist der neuen Regierung. Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstage darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben. Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die **F o l g e r u n g e n**, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Ausanwendung ihrer politischen Grundsätze auf diese Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns; Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzu viele sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trotzdem aber sind wir starken Verzugs und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist. Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch weiterhin in guten zuverlässigen Händen bei ihnen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Arme, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung besetzt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff.

Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Verbeführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Mächten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Stellung

botschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgeburgen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 24. September, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können.

Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen in Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt. Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreis gehaltenen Reden bezeugen, daß ich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der feste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Eingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht gründet, dem Ergebnisse der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem rechtlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. Mein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unüberlegliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Veröhnung, sowohl für uns wie für unsern Gegner geöffnet.

Die Forderung verkürzter Arbeitszeit in Rheinland-Westfalen.

Unsere Organisation hat in den letzten Monaten erstaunliche Fortschritte aufzuweisen. Die Mitgliederzahl ist in andauerndem Wachsen und marschiert auf das 40. Tausend. Die Finanzen haben sich dank der Opferwilligkeit unserer Mitglieder gebessert. Die Leistungen für unsere Verbandskollegen weisen eine entsprechende Steigerung auf. Aber all das ist doch nur sozusagen die Vorbedingung für planmäßige und fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit.

Gründlicher unserer erfolgreichen Tätigkeit sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und deren entsprechende Verbesserung. Nun ist es gegenwärtig in der schweren Kriegszeit nicht angängig, den Friedensmächten anzulegen. Gemeinlich daran müßte sogar aufrichtig gesagt werden, daß die Lebenshaltung der Gemeinde- und Staatsarbeiter gewaltig herabgedrückt worden ist. Wir alle kennen jedoch die unabänderlichen äußeren Gegebenheiten, die weder wir noch die Stadtverwaltungen zurzeit ändern können.

Gemeinlich an dem, was möglich und vom gewerkschaftlichen Standpunkt überhaupt erreichbar ist, dürfen wir indessen mit Verfriedigung auf die angespannte und nimmer ruhende Arbeit hinweisen, die an fast allen Orten von unseren Organisationsvertretern — besoldeten wie ehrenamtlichen — geleistet worden ist und weiterhin geleistet wird. Denn auch hierin darf es kein „Ausrufen auf den Vorbeeren“ geben. Weil die Feuerung noch immer

steigt, müssen wir den bisher eingeschlagenen Weg weiter beschreiten.

Aber damit nicht genug. Die Grundforderung erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit, der Achtstundentag, ist noch immer nicht von den deutschen Stadtverwaltungen für die gesamten städtischen Betriebe zuerkannt worden, sondern nur bruchstückweise gelang es uns, hier und da Versuche zu legen in der Materie von Einsichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit, die sich nicht immer nur bei den Stadtverwaltungen, sondern sogar bei den Arbeitern selbst gezeigt hat. Die Sorge um Lebensverlust, um Aufhören der Ueberstunden und Ueberarbeiten, um Aufhören der Arbeit, ist leicht irrt, und es bedarf daher an vielen Orten erst der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit, um den Boden für diese Forderung bereitzubaluten.

Von dieser Erkenntnis hat sich auch die Gauleitung in Rheinland-Westfalen leiten lassen. Während in den letzten Monaten in Berlin, Mannheim, München, Dresden und Chemnitz anscheinende Fortschritte zur Verkürzung der Arbeitszeit erzielt werden konnten, besteht in Rheinland-Westfalen noch vielfach der Achtstundentag in Gemeindegemeinden. — So, es gibt sogar noch Schichtarbeiter bei 10-stündiger Arbeitszeit mit 24-stündiger Wechselzeit. Diese Ungeheuerlichkeit empfinden die Arbeiter besonders wegen der Ernährungsmissere, der verkümmerten Verkehrsverhältnisse,

der verstärkten Arbeitsanpannung, der vermehrten Frauennarbeit besonders stark! So nimmt es nicht wunder, wenn nun in fast allen Großstädten von Rheinland-Weisfalen die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit der städtischen Betriebe in Fluss gekommen ist. Den Anfang machte Kollege Reing in Dagen („Gew.“ Nr. 40), wo unser Antrag bereits den zuständigen Kommissionen überwiesen ist. In der Woche vom 22. bis 26. September hielt Kollege Dittmer in Berlin in den größeren Städten des Gau's Versammlungen ab, die sich in der Hauptsache mit der Forderung verkürzter Arbeitszeit befaßten. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht und zeigten in Diskussion und sonstigem Verlauf, daß es gerade jetzt an der Zeit ist, den Stadtverwaltungen nahezu legen, endlich durchgreifende Reformen auf diesem Gebiete zu bewerkstelligen. Einmütig wurde überall die vorliegende Resolution angenommen.

Damit ist diese Aktion für Verkürzung der Arbeitszeit beileibe nicht erschöpft. Vielmehr bedeutet sie erst die Einleitung zu der planmäßig fortgeführten Bewegung. Zunächst werden in den nächsten Tagen und Wochen die Arbeiterausschüsse unserer den örtlichen sowie den Betriebsverhältnissen angepaßten Forderungen genau präzisieren. Sodann müssen etwaige Gemeinnütze vorgebracht oder faktischer Art beseitigt werden und die Kollegenchaft in allen größeren Städten Rheinland-Weisfalens muß gegebenenfalls den nötigen Nachdruck hierfür schaffen. Unerläßlich ist schon jetzt — das brachten auch die regen und interessanten Diskussionen in Köln, Düsseldorf usw. zum Ausdruck — sich gegen das Ueberfordern und Uebersehen und Uebersehen stärker zur Wehr zu setzen als bisher.

Wir lassen nachfolgend noch einiges über den Einzelverlauf der Versammlungen folgen:

Wormen-Elsfeld. Eine von etwa 300 Personen besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter von Wormen und Elsfeld tagte am Sonntag, den 22. September, nachmittags, im Hotel Degenfeld. Kollege Dittmer in Berlin sprach über: „Die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen“. Redner betonte, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung gegenwärtig aktueller denn je ist. Wohl sind seit bald 100 Jahren in allen Kulturstaaten Bestrebungen im Gange, den Achtstundentag gesetzlich festzusetzen als Normalarbeitszeit, doch konnten Erfolge immer nur schrittweise namentlich durch die gewerkschaftliche Organisationsarbeit erreicht werden. Viele Beispiele bürgerlicher Sozialpolitiker, Engländer, Mediziner wurden als Autoren in dieser Frage angeführt. Das Unternehmertum irrt sich zwar vielfach noch gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, doch sind wir im Grunde mit der fortgeschrittenen Technik. Insbesondere aber ist es die jegliche Ernährungsfrage, die Verzehrmittel der Großstädte, die einen fürzeren Arbeitstag erfordern. Aus diesen Gründen haben verschiedene Stadtverwaltungen zum Teil den Achtstundentag in Innen- und Außenbetrieben der Gasanstalten und den Neunstundentag für die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe eingeführt. Es ist an der Zeit, daß auch in Rheinland-Weisfalen die Arbeitszeit erheblich herabgesetzt wird. — Die Ausführungen fanden allgemein Beifall. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die versammelten städtischen Arbeiter von Wormen und Elsfeld erklären: Bei den geringen Mengen von Nahrungsmitteln, die uns zur Verfügung stehen, sind wir nicht mehr in der Lage, unsere täglich verbrauchte Arbeitskraft in dem Maße zu erziehen, wie es zur Erhaltung unserer Gesundheit notwendig ist. Mehr denn je ist aber die Erhaltung der Volkskraft gerade in der gegenwärtigen Zeit, sowohl in strategischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Gebot der Notwendigkeit. Die Versammelten fordern daher von den Stadtverwaltungen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle im Schichtwechsel lebenden Arbeiter. Ferner die Einführung einer zehnstündigen Arbeitszeit pro Woche für alle anderen Arbeiter, dergestalt, daß vom Montag bis einschließlich Freitag eine neunstündige und an den Samstagen eine fünfstündige Arbeitszeit festgesetzt wird. Die Ortsverwaltungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter werden beauftragt, gemeinschaftlich mit den Arbeiterausschüssen die nötigen Vorarbeiten zu einer diesbezüglichen Eingabe an die Stadtverwaltungen in Angriff zu nehmen.“ — Ueber unsere Lohnvorgabe berichtete Stadtm. Ulenbaum, daß die Forderungen der Arbeiter in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommen. Das gleiche wurde von Wormen berichtet. An den städtischen Arbeitern ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Organisation in beiden Städten so ausgebaut wird, daß auch der unbedingt nötige Nachdruck erzielt wird, der zur Erlangung einer kürzeren Arbeitszeit notwendig ist.

Möln. Unser Verband hatte die Arbeiter und Handwerker der städtischen Betriebe am 23. 9. 18 zu einer allgemeinen Betriebsversammlung eingeladen, die sehr gut besucht war. Redakteur Emil Dittmer in Berlin sprach über das Thema: „Mann in den städtischen Betrieben die Arbeitszeit verkürzt werden?“ Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des Arbeitstages behandelte der Redner ausführlich die Notwendigkeit einer sofortigen Arbeitszeitverkürzung auch in den städtischen Betrieben, die in dieser rich-

tigen Kulturfrage wesentlich hinter den Privatbetrieben nachhinken. Auch die Arbeiter der Stadt Möln seien sich darüber klar, daß es nicht so weiter gehe. Unterernährung und Ueberanstrengung schließlichen eine weitere Dinausdehnung der Arbeitszeitverkürzung aus. Das Vertrauen der Arbeiterschaft bis nach dem Siege ist zwecklos. Sofort muß der Druck angelegt werden, sollen nicht die ungeheuren Opfer, die die Front fordert, ins Unermeßliche gesteigert werden durch großes Dabinsinken der Arbeitermassen, die doch die Erhaltung Deutschlands bedeuten. Der übliche Einwand, es manke an Arbeitskräften, ist nicht stichhaltig. Zahlt die Stadtverwaltung auskömmliche Löhne, erhält sie Arbeitskräfte genug. Die sogenannte Rücksichtnahme auf die Privatindustrie ist ein ebenso fadensteines Argument, wie die oftmals vorgebrachten betriebswirtschaftlichen Hindernisse, die bisher gegen die Forderung der städtischen Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit ausgespielt wurden. Wenn der gute Wille bei der Mölner Stadtverwaltung vorhanden ist, kann sie eine Arbeitszeitverkürzung für ihre Arbeiter vornehmen. — In der Aussprache kamen Arbeiter fast sämtlicher städtischer Betriebe zu Wort, die ausnahmslos die Nötigkeit einer sofortigen Verkürzung der Arbeitszeit betonten. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen der Kollegen der Straßenbahnen und der Theater. Bei der Straßenbahn bezieht für das Personal noch die neunzehnstündige Arbeitszeit, verbunden mit der berüchtigten zehnstündigen Schicht. Diese Arbeiter haben überhaupt keinen richtigen freien Tag im Jahre. Die Fuhrleute der Bahnen haben noch eine zehneinhalbstündige Arbeitszeit. An den Theatern herrscht noch die zehnstündige Arbeitszeit bei zwei freien Tagen im Monat. Alle Redner nahmen scharf Stellung zu dem Ueberfordern und Uebersehen, das sich nicht zuletzt zum Schaden der Stadtverwaltung breitgemacht habe. Nach einstimmiger Annahme einer Entschließung, die die Wünsche der Versammlung zum Ausdruck bringt und die Verbandsleitung beauftragt, gemeinsam mit den einzelnen Arbeiterausschüssen erneut an die Stadtverwaltung heranzutreten, fand die Versammlung ihr Ende.

Düsseldorf. Am 24. September fand eine Versammlung der städtischen Arbeiter statt, welche von den vier in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen nach dem Volkshaus einberufen war. Der Volkshausaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit“ behandelte der Kollege Dittmer in Berlin. Im Saal eines reichhaltigen Materials wies Redner nach, daß durch die überaus lange Arbeitszeit Raubbau mit der Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter getrieben wird. Jahrelang haben die Gewerkschaften einen heißen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt, und nur diesem sei es zu verdanken, wenn eine 15- bis 16stündige Arbeitszeit nicht mehr an der Tagesordnung sei. Redner betonte alsdann die Notwendigkeit der Stadt Düsseldorf in bezug auf die Arbeitsdauer, gemessen an anderen Großstädten. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die eine Eingabe an die Stadtverwaltung fordert. — Sodann teilte der Vertreter des örtlichen Verbandes mit, daß von Seiten der Arbeiter ein einmalige Teuerungszulage gefordert werde. Die meisten Städte in Rheinland und Weisfalen haben diese Teuerungszulagen den Arbeitern genau so gezahlt wie den Beamten. War in Düsseldorf habe man sich diesen Forderungen der Arbeiter bisher ablehnend gegenübergestellt. Es liegt nun an den Versammelten, ihre Wünsche und Forderungen vorzutragen. Die Diskussion war eine recht lebhafte, und besonders die in den Betrieben Beschäftigten erklärten, daß sie mit dem jetzigen Lohn nicht mehr auskommen können. Hoffentlich teilte mit, daß sich die Stadtverordnetenversammlung abermals mit der Bewilligung von Teuerungszulagen beschäftigt habe. Dasselbe sei auch bewilligt; nur die Hilfsarbeiter soll noch warten. Dasselbe Schicksal werde auch den Arbeitern beschieden sein. Redner verwies darauf, wie unbedingt notwendig eine Vertretung der Arbeiter im Stadtparlament sei, das mögen die Arbeiter bei den kommenden Wahlen beherzigen. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Vertreter der Organisationen an die Stadtverwaltung den Antrag auf Bewilligung eines Monatsverdienstes als Teuerungszulage stellen sollen. Zum Schluß der Versammlung verwies der Leiter derselben, Gauleiter Krumb vom christlichen Verband, daraufhin, daß diese Forderungen nur erreicht werden können, wenn starke Organisationen vorhanden seien, weil gerade die Stadtverwaltung Düsseldorf nicht zu den sozial fortgeschrittenen zu rechnen sei. Nachdem noch eine Reihe Mitglieder den Verbänden beitraten, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Duisburg. Am 26. September tagt im Lokale von Bonstedt eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Dittmer in Berlin sprach über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Redner schilderte eingehend die Entwicklung der Technik, Industrie und Wissenschaft, die Deutschland groß und mächtig gemacht habe. Leider habe es die Arbeiterschaft nicht verstanden, aus dieser Entwicklung sich den ihr gebührenden Nutzen zu verschaffen. Die noch bestehende lange Arbeitszeit sei eine große Schädigung für die Gesundheit der Arbeiter. Notwendig sei der Ausbau der Arbeiterorganisationen, worin die Verkürzung der Arbeitszeit festgesetzt sein müsse. Redner ging dann näher

auf die Verhältnisse der städtischen Arbeiter ein. Eine besonders lange Arbeitszeit besteht noch in den rheinischen Städten, wo die Industriegevierten zu Hause sind. In den Werken der Stadt Duisburg bestehen sogar zum Teil noch die 24stündigen Wechselshiften. Es ist geradezu unverantwortlich, die Arbeitskraft des Arbeiters in der gegenwärtigen Zeit so auszubeuten, als dies in Duisburg geschieht. Die achtstündige Arbeitszeit sollte bei der gegenwärtigen Ernährungsweise mindestens jeden im Schichtwechsel tätigen Arbeiter gewährt werden. An der Arbeitererschaft ist es, durch den Ausbau der Organisation sich eine Macht zu schaffen, die imstande ist, die Arbeiterverhältnisse so zu regeln, daß sie vorbildlich genannt werden können. — Nachdem sich noch einige der Anwesenden im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, fand eine Resolution einstimmige Annahme. In welcher die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 und 9 Stunden gefordert wird. Weitere Redner bemängelten stark, daß die städtischen Arbeiter bei ihren geringen Löhnen bei der Gewährung der einmaligen Teuerungszulage übergangen wurden. Ein Antrag aus der Versammlung, daß eine einmalige Teuerungszulage gefordert werden müsse, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Essen. Eine von über 200 Personen besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am 26. September im Restaurant „Stadt Elberfeld“. Redakteur Dittmer, Berlin sprach über die „Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung“. Redner erläuterte eingehend, wie die Arbeitererschaft durch zu lange Arbeitszeit aufgebraucht wird und schließlich ein vorzeitiges Lebensende findet. Nur wenige Arbeiter erreichen das biblische Alter von 70 Jahren. Gerade in Essen besonders in den kruppschen Betrieben kann man sehen, wenn man durch die Straßen wandert, wie ermürend die lange Arbeitszeit auf die Arbeitererschaft einwirkt. Dieses ist bei der gegenwärtigen Lebensweise in derartigem Maße der Fall. In der Hauptstadt tragen allerdings die Arbeiter an diesen Zuständen mit Schuld. Sie haben bisher immer noch nicht die Notwendigkeit des Zusammenstufens erkannt. Wie es heute in der Privatindustrie ist, so ist es auch in den städtischen Betrieben. Denn auch auf die Stadterverwaltungen haben die Industriegevierten einen sehr großen Einfluß. — In der lebhaften Diskussion wurde bemängelt, daß die Arbeiterleute an der Müllabfuhr noch 13½ Stunden pro Tag arbeiten müssen. Am Lebensmittellager müssen die Frauen fast ständig überstunden verrichten, so daß sie oft nicht in der Lage sind, für den eigenen Bedarf noch einzukaufen zu können. An einem der letzten Sonntage mußte noch morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr ohne Pausen gearbeitet werden. Die Frauen, die dies verweigern wollten, wurden mit Entlassung bedroht. Sogar 24 Stunden habe man in letzter Zeit hintereinander her arbeiten müssen, ohne etwa eine Protokollkarte zu bekommen. Eine Resolution im Sinne des Referenten wurde einstimmig angenommen. — Eine Reihe der Anwesenden erklärten ihren Beitritt zum Verband. An der Arbeitererschaft wird es nun sein, das in der Versammlung Gebotene in die Tat umzusetzen, die Organisation genügend auszubauen, damit auch hier in Essen bessere Arbeitszeiten erzielt werden.

Gewährung einmaliger Teuerungszulagen usw. in Dresden.

(Erhöhung der Einkommensstufen für die laufenden Zulagen und Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen.)

Eine Versammlung der städtischen Arbeitererschaft vom 2. August 1918 hatte durch die Arbeiterausschüsse folgende Anträge gestellt:

1. Erhöhung des Stundenlohnes geleiteter Arbeiter auf 1,50 Mk. für ungelehrte Arbeiter auf 1,30 Mk., für Arbeiterinnen um jährlich 0,35 Mk.
2. Die Einkommensstufen zur Bemessung der laufenden Teuerungszulage auf 2000 Mk. zu erhöhen.
3. Den bei der Stadt beschäftigten Ehefrauen die Teuerungszulage nach dem Satze für Verheiratete zu gewähren und
4. die tägliche Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden zu verkürzen.

An der darauffolgenden Sitzung der Arbeiterausschüsse mit den Vertretern des Rates war die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage in Aussicht gestellt worden. Dazu nahm die Arbeitererschaft in einer am 14. September stattgefundenen Versammlung Stellung und beschloß, der Gewährung einer solchen einmaligen Zulage unter gewissen Voraussetzungen zuzustimmen. (Siehe hierzu auch „Gewerkschaft“ Nr. 39.) Der Gesamtrat hat nun in seiner Sitzung vom 17. September folgende Beschlüsse gefaßt. Daen die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 26. September mit einigen Abänderungen zustimmten:

1. Den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen einmalige Teuerungszulagen nach der folgenden Skizze zu gewähren und diese Teuerungszulagen den ständigen Arbeitern sofort in ange-

trennter Summe, den übrigen Arbeitern zur Hälfte sofort und zur Hälfte in 13 Lohnperioden auszugeben.

Die Zulage beträgt:	bei einem Monatseinkommen		
	bis 150 Mk.	über 150-250 Mk.	über 250 Mk.
für Ledige, Verwitwete, Geschiedene ohne eigenen Hausstand und ohne Kinder . . .	84	75	—
für Verheiratete ohne Kinder, Verwitwete, Geschiedene mit eigenem Hausstand aber ohne Kinder . . .	204	186	174
Verheiratete, Verwitwete, Geschiedene mit 1 Kind . . .	240	222	204
„ 2 Kindern . . .	258	240	222
„ 3 „ . . .	276	258	240
„ 4 „ . . .	294	276	258
„ 5 „ . . .	312	294	276
„ 6 „ . . .	336	318	300

2. Von der am 20. September beginnenden Lohnperiode ab auf den Stundenlohn der Arbeiter einen weiteren Kriegszuschlag von 10 Pf. und den Arbeiterinnen einen solchen von 5 Pf. zu gewähren.

3. Die Einkommensstufen zur Bemessung der laufenden Teuerungszulage vom 20. September 1918 ab antragsgemäß wie folgt festzusetzen:

A. Ledige: Bei einem Jahresverdienst bis zu 2500 Mk. (bisher 1400 Mk.) monatlich 15 Mk.; bei einem Jahresverdienst von 2500 bis 4500 Mk. (bisher 1400 bis 1600 Mk.) monatlich 12 Mk.; bei einem Jahresverdienst von 4500 bis 6000 Mk. (bisher 1600 bis 2500 Mk.) monatlich 9 Mk.

B. Verheiratete: Bei einem Jahresverdienst bis zu 2500 Mark (bisher 1400 Mk.) monatlich 18 Mk.; bei einem Jahresverdienst von 2500 bis 4500 Mk. (bisher 1400 bis 1600 Mk.) monatlich 15 Mk.; bei einem Jahresverdienst von 4500 bis 6000 Mk. (bisher 1600 bis 2500 Mk.) 12 Mk.; bei einem Jahresverdienst von mehr als 6000 Mk. (bisher 2600 bis 4500 Mk.) monatlich 9 Mk.

4. Den Antrag betr. Teuerungszulage für Ehefrauen nach dem Satze für Verheiratete abzulehnen.

5. Den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen. Ferner haben wir beschlossen:

6. Die städtischen Anstalten zu ermächtigen, die den Arbeitern und Arbeiterinnen gewährten einmaligen Zulagen und Lohnerhöhungen auch dem Hauswirtschafts- und Küchenpersonal in den Anstalten zu bewilligen.

Der Gesamtaufwand für diese Vorlage ist mit 1 065 150 Mk. berechnet worden (800 000 Mk. Aufwand für die einmalige Zulage und 265 150 Mk. für die Lohnerhöhungen und Erhöhungen der laufenden Teuerungszulagen für das 4. Vierteljahr 1918).

Wir bitten die geehrten Stadtverordneten, unseren Beschlüssen zuzustimmen und diese Vorlage als dringlich zu bezeichnen.

Zur Begründung der Anträge der Arbeiter ist auf die Gewährung der einmaligen Teuerungszulage an die Beamtenerschaft und auf die Vorgänge bei der Generaldirektion der Sächsl. Staats-eisenbahn verwiesen. Die Sächsl. Staats-eisenbahn gewährt zwar ihren Arbeitern und Gehilfen einmalige Zulagen, die für Ledige um je 36 Mk. für Verheiratete um je 72 Mk. als einmaliger Betrag höher sind als die einmalige Zulage, die der Rat beschlossen hat. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß der Ratbeschuß (Erhöhung der Einkommensstufen zur Bemessung der laufenden Teuerungszulagen) für jeden Arbeiter gegenüber früher eine Verbesserung von jährlich 72 Mk. erbringt, und daß die Eisenbahn Kriegszuschläge zum Lohne gegenwärtig nicht gewährt, während die Arbeiter bei der Stadt durch Gewährung der Lohnerhöhung ihr Einkommen um jährlich 270 Mk. die Arbeiterinnen um jährlich 135 Mk. verbessern. Ein vollständiger Anblick an die Staatsbestimmungen wäre für die Arbeiter bedeutend ungünstiger gewesen als die Beschlüsse des Rates.

Etwaig für die Gewährung der Zulagen ist der 1. September 1918. Zum Bezuge der Zulage sind berechtigt alle männlichen und weiblichen Arbeiter, die seit 1. Mai 1918 beim Rate in Beschäftigung stehen.

Mit dieser Ratsvorlage also hatten sich die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 26. September zu beschäftigen. Sie stimmten ohne Aussprache der Ratsvorlage zu mit der wichtigen Abänderung, daß die einmalige Zulage den ständigen Arbeitern und von den anderen Arbeitern denjenigen, die wenigstens drei Jahre in städtischen Diensten stehen — nicht nur, wie der Rat vorschlag, nur den ständigen Arbeitern —, sofort und in einer Summe, den übrigen Arbeitern — also denjenigen, die noch nicht drei Jahre beschäftigt sind — zur Hälfte sofort, zur anderen Hälfte in 13 Lohnperioden auszugeben. Ferner beschlossen die Stadtverordneten, die Höhe der einmaligen Zulage für Ledige auf 110 und 100 Mk. anstatt 84 und 75 Mk. zu erhöhen. Im übrigen ließen sie die Ratsvorlage unverändert und erklärten damit die Eingaben der Arbeiterausschüsse vom 5. August, 11. und 21. September für erledigt.

Damit hat nun unsere am 2. August eingeleitete Lohnbewegung

ihre Ende gefunden. Es ist diesmal außerordentlich schnell gearbeitet worden, was wir gern anerkennen wollen. Im vollen Umfange sind die Annäherung auf Lohnerhöhung freilich nicht bewilligt, jedoch bedeuten die beschlossenen Zulagen einen erheblichen Fortschritt. Durch die Neufestsetzung der Einkommensstufen zur Beseitigung der laufenden Teuerungszulagen erhält nicht nur fast jeder eine um 6 Mk. monatlich höhere Teuerungszulage, sondern es ist damit endlich auch der große Mangel beseitigt, daß bei jeder Grundlohnerhöhung die Teuerungszulagen gekürzt und so die erfolgte Lohnerhöhung zum großen Teile wieder aufgehoben wurde. Große Auseinandersetzungen hat es sowohl in der Ratssitzung, wie auch in den Sitzungen der vereinigten Ausschüsse des Stadtverordnetenkollegiums gegeben wegen der ratenweisen Auszahlung der einmaligen Zulage. Ursprünglich sollte diese allen Arbeitern nur auf 13 Lohnperioden verteilt ausgezahlt werden. Da eine Lohnperiode zwei Wochen umfaßt, so hätte sich die Auszahlung bis Ostern nächsten Jahres hinausgezogen. Der Zweck der einmaligen Zulage, nämlich der Arbeiterschaft zur Deckung dringendster Bedürfnisse eine größere Summe auf einmal in die Hände zu geben, wäre damit völlig illusorisch gemacht worden. Auch die nunmehr beschlossene Regelung befriedigt durchaus nicht, es wäre wohl möglich gewesen, allen Arbeitern ohne Ausnahme die Zulage mindestens in zwei Hälften zu geben.

Bedauerlich ist aber insbesondere, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde abgelehnt wurde. So werden die Arbeiter bei diesen Antrag erneut einbringen. Wenn er aber Erfolg haben soll, dann müssen die Arbeiter selber dazu beitragen, indem das Heberstundenwesen, das leider gegenwärtig noch in betrüblicher Verwirrung geirrt, beseitigt wird!

Wenn alle nicht-erfüllten Wünsche erfüllt wurden, so müssen die städtischen Arbeiter von sich aus alles tun, um ihren Einfluß zu vergrößern. Das geschieht durch weiteren Ausbau ihrer Organisation. Das mögen alle Arbeiter und Arbeiterinnen beachten!

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 4. Oktober 1918.

Während das deutsche Volk vier Kriegsjahre hindurch mit wahrer Leibesanstrengung notwendige und überflüssige Leiden über sich ergehen ließ, hat sich nun — seit Eintritt der unerfreulichen militärischen und außenpolitischen Verhältnisse endlich die Erkenntnis auch in weiten Schichten des Bürgertums durchgesetzt, daß wir sobald wie möglich den Verständigungsfrieden brauchen. Und selbst die Regierung wie die militärischen Kreise konnten sich nicht länger der Forderung der Sozialdemokratie und der Reichstagsmehrheit verschließen, durch Parlamentarismus und demokratische Neuordnung im Innern dem Weltfrieden die Wege zu ebnen.

Ueber die innere Neuordnung, die wir Sozialdemokraten seit Kriegsbeginn planmäßig und folgerichtig vertreten, ist an leitender Stelle das zurzeit Mögliche gesagt. Die Außenwirkung für den Frieden kann nicht ausbleiben.

Der September war militärisch betrachtet der schwärzeste Kriegsmonat für Deutschland. Nachdem am 18. 8. die höchste Großoffensive begann, folgten Anfang September die Großangriffe zwischen Scarpe und Somme. Am 2. 9. mußte der Kemmel geräumt werden. Am 5. 9. erfolgte unser Rückzug von der Vesle zur Aisne. Etwas Halt kam erst wieder am 8. 9. in die deutsche Front. Am 13. 9. wird der St. Mihielbogen bei Reims geräumt. Auch bis Ende des Monats wird unsere Westfront erheblich zurückgenommen, die Siegfriedstellung ist zumeist erreicht. Nach den Angaben englisch-französischer amtlicher Berichte haben wir seit Mitte August 248 000 Gefangene, mehrere tausend Geschütze, 10 000 Maschinengewehre und reichliches Kriegsmaterial verloren. Das erscheint fürchterlich. Es ist aber zu bedenken, daß dieser Weltkrieg schwerer und tiefer Wunden erfordert und die Entente wiederholte ähnliche Verluste aufwies. Immerhin ist die militärische Schlappe sehr schwer und in ihren Auswirkungen noch nicht zu übersehen.

Nach noch schlimmer vom militärischen Standpunkt aber wollte die Durchbruchschlacht in Mazedonien. Der Kriegswille Bulgariens erlabte jäh! Waffenstillstand mit der Entente war die Folge. Damit mußte auch die albanische Front hinter Berat zurückgenommen werden. Ob sich eine neue deutsch-österreichische Front in Mazedonien oder Bulgarien bilden wird, ist noch nicht klar erkennbar.

Ein dritter Schlag traf Mitte des Monats die Türken in Mesopotamien. Sie hatten anscheinend ihre Kräfte im Kau-

kasus und im neu „eroberten“ Vaku verzerzt, und wurden von den Engländern am Jordan schwer geschlagen. Fast zwei türkische Armeen (7000 Gefangene) wurden vernichtet. Ob ihnen noch geholfen werden kann oder die Zeitungsgerüchte recht behalten, die von türkischen Friedensverhandlungen um jeden Preis reden, wird sich bald zeigen.

Oesterreichs Friedenswille endlich tritt gleichfalls verstärkt in die Erscheinung. Ob daraus militärische Notwendigkeiten für Deutschland entstehen, ist noch ungewiß.

So muß man auch als ruhig abwägender Kriegspolitiker zu dem Schluß kommen, daß die Sozialdemokraten recht haben, wenn sie gleichfalls sofortige Friedensverhandlungen fordern auf Basis einer erträglichen Verständigung im Völkerbund.

Mögen alle, die das wollen, jetzt eintreten für diese Heberzeugung. Politisch bemerkenswert ist der neue Friedensschritt Oesterreichs (Burians Note), dem aber kein unmittelbarer Erfolg beschieden war. Wilson hat am 27. 9. fünf neue Punkte formuliert, die lauten:

1. Die unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen einmischen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.
2. Kein besonderes oder abgetrenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unverträglich ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden.
3. Es kann in der allgemeinen gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verständigungen geben.
4. Es kann, und das geht nicht mehr ins einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des Bundes geben, keine Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, abgesehen von der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient.
5. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden. Die Sonderbündnisse und die wirtschaftlichen Kavalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Fiascos und Leidenschaften geworden, die zum Arzenei führen. Es wäre ein unaufklärlicher und unsicherer Friede, der das nicht durch bestimmte Formeln ausschließt.

Wenn man diesen Vorschlägen trauen darf, ist die Verständigung näher denn je. Auch sonst schwirren die Friedensstimmungen stark herum, hoffentlich nicht wieder, wie schon so oft, vergeblich. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß Europa, daß die ganze Erde den Frieden erhält. Viel zu viel Menschleben und Kulturgüter sind schon vernichtet. Jeder, der menschlich fühlt — auch in Frankreich, Italien, England, Amerika —, muß den sofortigen Frieden wollen! Wenn die Leiden und das Völkerverleiden noch länger ertragen werden sollen, stehen wir vor schwersten Erschütterungen der gesamten menschlichen Kultur. Deshalb muß an jedem Tage der Ruf nach dem Verständigungsfrieden neu erschallen, bis auch die Kriegsverbrecher ihn nicht länger unbeachtet lassen können.

Aus unserer Bewegung

Berlin. (Rieselfelder.) Die Neuregelung der Lohnverhältnisse der auf den städtischen Gütern Beschäftigten kann erst jetzt bekanntgegeben werden. Der Kampf um diese Neuregelung bzw. Erhöhung ist ein langwieriger gewesen. Der Erfolg ist ein annehmbarer zu nennen, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß die Arbeiterschaft jetzt alle wirtschaftlichen Mängel entbehren sei. Die bewilligten Lohnerhöhungen bilden das Mindestmaß dessen, was zurzeit die Arbeiterschaft haben mußte, um einigermaßen ihre Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß in angeht das der noch immer fortwährenden Teuerung zum Ausgleich zu gegebener Zeit weitere Forderungen an den Magistrat stellen wird. Ab 1. April erhalten die männlichen Gutsarbeiter im Winter 2,50 Mk., im Sommer 3 Mk. pro Tag. Die Erhöhung beträgt 1 Mk. pro Tag. Die Gespannführer erhalten pro Woche: im Winter 17 Mk., im Sommer 18 Mk. Die Erhöhung beträgt 5 Mk. pro Woche. Die Gutsarbeiterinnen erhalten im Winter 1,50 Mk., im Sommer 1,80 Mk. pro Tag. Die Erhöhung beträgt 30 Pf. pro Tag. Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren erhalten eine tägliche Zulage von 50 Pf. Die Rieselfelder erhalten statt bisher 2,50, 2,75, 3,00, 3,25 Mk. jetzt: 3,50, 4,00 bis 4,50 Mk. pro Tag, dazu an Naturalbezug u.

30 Zentner unberlesene Kartoffeln und 4 Kubikmeter Brennholz, sowie Pachtrecht auf Ackerland zum Preise von 1 Mk. für das A. Für die Klechbräter bildet die Gewährung der genannten Naturalbezüge einen besonderen Vorteil. Freie, vollwertige Arbeiter erhalten neben ihrem Lohn gleichfalls 30 Zentner unberlesene Kartoffeln pro Jahr. Die Monatslöhner und Handwerker erhalten eine Zulage von 30 Mk. monatlich. Die Zulage, die in der Regel alle drei Jahre gewährt wurde und 60 Mk. pro Jahr betrug, ist auf 90 Mk. pro Jahr erhöht. Die Drainagearbeiter erhalten eine Zulage von 1 Mk. pro Tag und das Recht, Naturalien auf den Gütern zum Vorzugspreise von 10 Proz. Nachschlag zu beziehen.

Zarnitzsch. Unsere Vierteljahrsversammlung fand am 26. September im Gewerkschaftshause statt. Vorsitzender Klöß gab Kenntnis von der Eingabe für die Schwimmbadfrauen. Der Stundenlohn soll ab 1. Oktober von 40 auf 48 Pf. erhöht werden. Kollege Wedel gab dann den Massenbericht, aus dem zu entnehmen ist: Militärlöhner 338, davon 36 weibliche, Lohntausgabe 657,92 Mk., Krankengeld 343,25 Mk., Sterbegeld 60 Mk., Vorkassabestand am 1. Juli 1881,68 Mk. Es wurde ihm für seine Massenführung einstimmig Entlastung erteilt. Darauf hielt Kollege Dillisch einen Vortrag über: „Gleiche Rechte der Frau“. Medner brachte viel Neues und wies das Interesse der anwesenden Frauen zu fesseln. Darauf erhob Kollege Klar den Antrag, eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes oder eines einmütigen Zuspruchs bei der Stadt zu fordern. Da aber die Versammlung infolge mangelhaften Besuchs nicht beschlußfähig war, wurde dieser Antrag bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. — Unsere Mitglieder vor Kenntnis, daß Vorsitzender Conrad Klöß, Zimmermeister, 3. Mainhofer Friedr. Wedel, Franzen Allee 9, und Schriftführer Albert Friß, Ballasweg 51, wohnen.

Essenbach am Main. Entsprechend den Beschlüssen der öffentlichen Versammlung vom 6. September tagte am 27. September im Abendsitzungssaal wieder eine öffentliche Versammlung, welche einen überaus starken Besuch aufzuweisen hatte. Selbst die Gänge waren so dicht gefüllt, daß durch das Gedränge kaum hindurchzukommen war. In derselben wurden die von den betreffenden Kommissionen gestellten Forderungen von Gauleiter F. Bold sowie von H. Ritsch für die Straßenbahn zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Nach gründlicher Beleuchtung in der freien Aussprache wurde einstimmig beschlossen, eine Eingabe der Bürgermeisterei zu unterbreiten.

Rundschau

Deutscher Jugendfürsorgetag. In der „Soz. Praxis“ wird hierüber berichtet: Zu einer einmütigen, außerordentlich stark besuchten Mündgebung hatte sich eine Reihe von Organisationen, die auf dem Gebiete des Jugendtums arbeiten, unter Führung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit zusammengeschlossen, um einmütig den Ruf nach einem Reichsgesetz über Jugendämter zu erheben. Während die Vorarbeiten zu der Tagung schwelben, ist der preussische Weichentwurf herausgekommen. Trotzdem erwidern den Veranstaltern die Tagung nicht als überflüssig. Der preussische Entwurf wurde zwar in sachlicher Hinsicht von den meisten Mitgliedern der Tagung als brauchbare Vorarbeit und Unterlage gewertet, aber es herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Jugendfürsorge durch Reichsgesetz geregelt werden müsse. Dabei sah man in dem Vorgehen durch die landesgesetzliche Regelung sogar eine gewisse Gefährdung des größeren Wertes, der reichsrechtlichen Regelung. Besonders ist diese Befürchtung begründet, und hauptsächlich hat die vor großer Sachkunde aller Medner gestützte Tagung die notwendige Wirkung auf die Behörden, die durch die Anwesenheit zahlreicher Vertreter die Wichtigkeit der behandelten Frage anerkannten. Die Tagesordnung trug den Titel: Jugendämter als Träger der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich. In fünf gehaltenen Vorträgen wurden einige der wichtigsten Einzelfragen gelöst. Prof. Dr. Müller-Kraupp führt a. M. gab zunächst einen allgemeinen Überblick über „Die Notwendigkeit der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich“. Während man jetzt häufig die Notwendigkeit verachteter Jugendfürsorge aus bevölkerungspolitischen Gründen betont oder bei der Begründung die härtere Verwahrlosung der Jugend durch den Mangel hervorhebt, faßt Prof. Müller-Kraupp das Problem allgemeiner und tiefer. Die Notwendigkeit vermehrter Jugendfürsorge war schon längst vor dem Mangel vorhanden. Der Mangel hat nur die Schäden vergrößert und die Gewissen reger gemacht. Es vollzieht sich in der Jugendfürsorge eine ähnliche Entwicklung wie auf manchen anderen Gebieten des Armenwesens, d. h. manche Aufgaben, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu lösen sind, sind durch die Sozialpolitik behandelt worden. Technische Einrichtungen vollziehen sich beim Krankenwesen, erst bei der Fürsorge für Mitteleltern usw. Nicht nur auf dem Gebiete der freien Arbeitstätigkeit besteht vielfach Verwahrlosung in der Jugendfürsorge, sondern auch die öffentliche Jugendfürsorge ist sehr lückenhaft. Die Reichsgesetze, örtliche Polizeiverordnungen nebeneinander hergehen. Die öffentliche Jugendfürsorge kann

nur durch Aenderung ihrer gesetzlichen Grundlagen so gestaltet werden, daß sie ihre bedeutsamen Aufgaben wirklich zu lösen vermag. Eine gründliche Vessierung ist daher nur von der Reichsgesetzgebung zu erwarten. Der zweite Redner, Direktor Dr. Baum, Straßburg i. El., behandelte dies geforderte Reichsgesetz über Jugendämter. Sein Vortrag brachte beachtenswerte organisatorische Vorschläge. Während Dr. Baum hauptsächlich die organisatorischen Aufgaben des Reichs geschildert hatte, gingen die beiden nächsten Vorträge auf die örtlichen organisatorischen Fragen ein. Bürgermeister von Dollander-Mannheim besprach die Schaffung leistungsfähiger Jugendämter in der Stadt, Dr. Marie Kröhne-Düßeldorf die Schaffung von Jugendämtern für das Land. Bei jeder behördlichen Regelung von Arbeitsgebieten, die zuvor ganz oder teilweise der freien Liebestätigkeit überlassen waren, entsteht eine gewisse Spannung und Angst bei den Vereinen, ob man ihnen auch nicht zu nahe treten, ihr lieb erworbenes Arbeitsfeld auch nicht zu sehr einengen wird. Die Erscheinung tritt auch bei der Frage der reichsgesetzlichen Regelung der öffentlichen Jugendfürsorge hervor, wenn auch in milder Form. Die Vereine erkennen die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung an und begrüßen die Jugendämter als Fortschritt; andererseits wird immer und immer wieder betont, daß man sich gerade bei der Jugendfürsorge vom Schema F des heiligen Bureaucratismus und von den Gefahren des „grünen Tisches“ frei halten müsse. Man erwartet hier viel vom Eindringen der Frauen auch in die beamteten Stellen, man hofft auf „den Beamten mit dem mütterlichen Herzen“ als einen neuen, segensreichen Typ deutschen Beamtenums. Die Frage „Wie kann die freie Liebestätigkeit zu einem vollen Erfolge der Jugendämter beitragen?“ wurde durch Lic. F. Sigmund-Schulke, seit kurzem Direktor des Berliner Stadt. Jugendamts, behandelt, der beiden Seiten, der Behörde wie der freien Liebestätigkeit, gerecht wurde. Nicht im Abbau der freien Liebestätigkeit, sondern im Ausbau wurde als eine der Aufgaben der Jugendämter hingestellt. Zum Schluß der Tagung erfolgte die einmütige Annahme der folgenden Entschließung des Deutschen Jugendfürsorgetages:

Der deutsche Jugendfürsorgetag hält die Errichtung von Jugendämtern in Stadt und Land als Träger der öffentlichen Jugendfürsorge (Fürsorge für Armenkinder, Waisenkinder, Kost- und Halbkostkinder, uneheliche Kinder, Fürsorgezöglinge) für unerlässlich. Ihre verwaltungsmäßige Organisation muß unter Ermöglichung weitgehender Mitarbeit der auf den gleichen Gebieten arbeitenden Körperschaften der freien Liebestätigkeit einseitig durchgeführt werden. In Verbindung damit ist die Uebertragung der Verwaltungsverantwortung an die Jugendämter und die Uebernahme der Kosten für hilfsbedürftige Kinder auf größere Gemeindeverbände vorzuziehen.

Der Deutsche Jugendfürsorgetag beauftragt seinen Vorstand: 1. bei den Reichsbehörden und dem Reichstag dahin zu wirken, daß eine solche verwaltungsmäßige Organisation der öffentlichen Jugendfürsorge so bald wie möglich in die Wege geleitet und die Errichtung von Jugendämtern in Stadt und Land den Bundesstaaten durch Reichsgesetz zur Pflicht gemacht wird; 2. alle weiteren Schritte zu tun, um das Verständnis für die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Errichtung von Jugendämtern in allen Volksteilen zu wecken.

In einer öffentlichen Versammlung, die im Anschluß an den Jugendfürsorgetag von den beteiligten Vereinen gemeinsam mit der Gesellschaft für Soziale Reform unter Leitung von Prof. Dr. Ernst Krause veranstaltet worden war, sprachen Prof. Dr. Reuber, Reichstagsabg. Wiffell und Dr. Gertrud Bäumer. Nach freier Aussprache wurde auch dort eine von Prof. Klumper besorgte Entschließung zugunsten eines Reichsgesetzes für Jugendfürsorgeämter einstimmig angenommen.

Die Forderung von 10 Pfund Kartoffeln. Nach den Erklärungen des Reichskanzlers auf die Eingabe der Gewerkschaften sind die Ernährungsansichten im kommenden Winter wenig erfreulich. Die Forderung einer Zuteilung von 10 Pfund Kartoffeln je Woche ist völlig unsicher, ja man kann wohl sagen, unwahrscheinlich. Und doch dürfte gerade diese ohne Schwereigkeiten zu erfüllen sein. Bezüglich der Proportionen kann man schon eher angeben, daß da von dem bisherigen Maßstab vorläufig nicht abgegangen werden darf, wiewohl die Getreideernte wesentlich besser ausfallen ist als voriges Jahr. Aber wir müssen da eine größere Reserve wieder ansammeln. Wir können da auch unter Umständen erst im nächsten Frühjahr höher gehen. Bei den Kartoffeln aber müssen wir im Frühjahr vielleicht die Ration einschränken. Denn infolge der etwas starken Regenfälle im September werden sich die Kartoffeln sicher nicht so gut halten wie im letzten Jahr. Deshalb ist es gut, wenn wir in den nächsten Monaten unsere Ernährung mehr auf Kartoffeln einstellen und im Frühjahr mehr auf Brot. Wie groß unsere heftige Kartoffelernie sein wird, ist natürlich jetzt noch nicht zu überblicken. Aber ungünstig ist sie nicht. Das vorige Jahr schätzte Graf Schwerin wohl 38,10 Millionen Tonnen. Die offiziellen Schätzungen waren ein wenig niedriger. Besseres erreichen wir heute ein ähnliches Ergebnis, da die Preise nicht ungünstig sind. Die Landwirte schätzen sich bekanntlich aus erklärlichen Gründen als viel zu niedrig ein. Die offiziellen Schätzungen sind jedenfalls allein nicht maßgebend. Von amtlicher Seite

Wurde voriges Jahr ein Verbrauchshaushalt von 54,8 Millionen Tonnen aufgestellt, abgesehen von der Verfütterung an Vieh. Und zwar alles in allem: für Saatgut, menschliche Ernährung, Schwand, Meierie, Spiritus, Treckereien, Stärkefabriken usw. Dabei ist voriges Jahr massenhaft verfüllt worden, und der Schleichhandel stand in größter Blüte. Die wirkliche Ernte hat sich vor das Jahr 40 Millionen weit überschritten. Deuer ist die Landwirtschaft gar nicht in Verjudung, soviel Kartoffeln zu verfüttern als letztes Jahr. Denn die Zahl der Schweine hat ganz bedeutend abgenommen. Aber auch dem vorhandenen Schweinebestand darf nicht wieder soviel verfüttert werden. Denn es ist viel wichtiger und rationeller, die Kartoffeln direkt der menschlichen Nahrung zuzuführen, als auf dem Umweg über die Schweine als Fleisch. Denn dabei geht beinahe ein volles Drittel an Nährwert verloren. Es ist deshalb das einzig richtige, den Landwirten größere Kartoffellieferungen aufzulegen. Das ist zugleich das beste Mittel, den Schleichhandel einzuschränken. Die Behörden scheinen im allgemeinen von dem Umfang des Schleichhandels viel zu wenig Reichthum zu wissen. Ob und non est in aktie, non est in mundo. In Berlin z. B. dürften es nicht allzuviel Familien sein, die mit wöchentlich 7 Pfund Kartoffeln auskommen. Die Käse in die Provinz sind ganz unheimlich von Dampfzügen überladen. Und wer nicht in die nähere oder weitere Umgebung Berlins fährt, bezieht sich die Kartoffeln über andere Nahrungsmittel von weiter her. In anderen Großstädten dürften die Verhältnisse kaum anders liegen. Die Zuteilung von 10 Pfund Kartoffeln ist also nicht nur möglich, sie erfordert für 25 Wochen nur 1,5 Millionen Tonnen, eine Kleinigkeit bei einer Ernte von etwa 40 Millionen. Sie ist auch durchaus nötig, um den Schleichhandel einzuschränken und eine größere Gerechtigkeit in die Kartoffelverteilung einzuführen. Selbst den Verlehr würde sie nur geringfügig beeinflussen. Denn in vollen Waggons beladen die Kartoffeln den Bahnverkehr viel weniger als auf den geschlossenen Schleichhandelswegen.

Das System Noeide auf dem Eiermarkt. Bekanntlich haben die Herren von Noeide der Landwirte — im besonderen die Herren Dr. Noeide und von Eidenburg — im Laufe des Sommers verlangt, daß nach der Vereinstellung eines Bruchtheils der landwirtschaftlichen Produkte für die minderbemittelte Bevölkerung der übrige Teil von der Zwangswirtschaft befreit bleiben sollte. Der Plan hat naturgemäß bei den Verbrauchern eine entschiedene Zurückweisung erfahren. Der Zusammenbruch würde die unantastbare Noeide sein. Das wurde auch, nach den damaligen Verlautbarungen zu urteilen, an den amtlichen Stellen anerkannt. Um so auffälliger ist es, daß jetzt versucht wird, die großagrarisches Wünsche gewissermaßen im Stillen einzuschmuggeln. Zunächst sind für den Zweck die Eier auszuheben. Der prekärie Memmiflar für Volksernährung hat eine Verordnung erlassen, worin es heißt:

„Die im laufenden Wirtschaftsjahr bei der Sammlung der Eier in Preußen bisher erzielten durchschnittlich befriedigenden Ergebnisse schaffen die Möglichkeit, Erleichterungen der öffentlichen Eierbewirtschaftung einzutreten zu lassen, die dringenden Wünsche sowohl der Konsumenten, wie auch weiter Kreise der städtischen Bevölkerung entgegenkommen. Auf Grund des § 9 Abs. 3 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 bestimmt ich daher: Geflügelhalter, die ihre Ablieferungsobligation an Eiern für das Wirtschaftsjahr 1918 erfüllt haben, dürfen weitere aus eigener Geflügelwirtschaft gewonnene Eier (Leberschneier) unmittelbar an Verbraucher zum Kleinhandelschöckelpreis frei abgeben. Leberschneier sind bei Ablieferung an die Sammelstellen oder Verkäufer des Kommunalverbandes mit einem Zuschlag von 10 Pf. je Ei zum jeweiligen Erzeugerhöckelpreis zu vergüten. Diese Bestimmungen gelten bis zum 31. Januar 1919.“

Das ist Fleisch von ihrem Fleisch und Geißt von ihrem Geißt, nämlich von dem in dem landwirtschaftlichen Bundeslager. Dagegen muß sich das Volk wehren. Gegen diese neu. Art der Bewirtschaftung muß auf das entschiedenste Protest erhoben werden. Gerade bezüglich der Eierversorgung besteht die größte Unzufriedenheit. Wenn der Herr Volkstommislar behauptet, daß die Ergebnisse der Sammlung befriedigend gewesen seien, so wird er sich aus Verbraucherkreisen heraus sagen lassen müssen, daß diese mit den Ergebnissen höchst unzufrieden sind. In vielen Gemeinden werden oft monatslang keine Eier verteilt. Wer Eier essen will, muß sich solche auf Schleichwegen zu den höchsten Preisen beschaffen. Wird nunmehr den Geflügelhaltern auf dem Verordnungsweg gestattet, die sogenannten Leberschneier freiändig zu verkaufen, so wird das einrichten, was seinerzeit schon gegen den Antrag Noeide abgelehnt worden ist, nämlich, daß für die Rationierung schließlich nichts mehr abzugeben wird. Damit trauen wir aber einem Zustande entgegen, der die tiefsten Schrecken in sich birgt. Es würde der Anfang vom Ende sein. Um das zu verhüten, muß schon bei diesem ersten Schritt auf der entscheidenden Bahn der höchste Protest erhoben werden. Der Abbruch in dem Abgrund ist mit der sofortigen Beseitigung der Verordnung zu verhindern.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Vorlesungen des „Vereins Arbeiter-Hochschule“ beginnen am 14. Oktober in Berlin. Es werden im ganzen 7 Vorlesungen stattfinden aus den Gebieten: Medizin, Kunst, Kulturgeschichte, Literatur, Pädagogik und Wirtschaftsgeographie. Ferner Unterrichtsstufe in der französischen Sprache und einfachen Buchführung. Außerdem hält Gewerberat Dr. Bender eine unentgeltliche Vorlesung: „Ueber den Schutz des Arbeiters im gewerblichen Betriebe“. Lehrstätten: C. Nicoerwallstr. 12, A. Friedrichstr. 126. Sonnabend, den 12. Oktober, findet in der Riederwallstr. 12 eine Hörerversammlung statt. Sanitätsrat Dr. Jacobsohn wird dort in einem Vortrage Zweck und Ziel der Arbeiter-Hochschule darlegen. Anmeldungen werden in der Hörerversammlung, bei den Ausschussmitgliedern und vor den Vorlesungen angenommen. Vorlesungsverzeichnisse sind ebenfalls und in der Geschäftsstelle Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 53/56 II, Zimmer 88, 10-12, 1-5 Uhr, erhältlich.

„Arbeiter-Jugend“. Die sechsten erschienene Nr. 20 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die proletarische Jugendbewegung im Geschäftsjahr 1917/1918. — Zebrlinge ohne Entgelt. Von Fr. Meis. — Miloslaw Bionowitsch. Von Paul Zette. — Grub und Bewirtung im europäischen Morgenlande. Von L. L. (Mit Abbildungen). — Bücher für die Jugend. — Kinderpiel. Von Karl Pröger. — Es war — es wird einmal. Gedicht von Carl Danz. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage.

:: :: Filiale Groß-Berlin :: ::

Sonntag, den 10. November 1918, im „Zentraltheater“, Kommandantenstr. 57:

Sondervorstellung.

Zur Aufführung gelangt:

„Minna von Barnhelm“,

Lustspiel von G. E. Lessing.

Kasseneröffnung 2 Uhr — Beginn der Vorstellung 3 Uhr.

Eintrittskarten 1,50 Mk. Garderobe frei!

Die Eintrittskarten sind im Bureau der Ortsverwaltung und bei den Vertrauensleuten und Beitragskassierern zu haben. Die Platzanweisung erfolgt im Vorraum des Theaters durch Verlosung. Es sind Einzel- und Doppelpässe zu haben. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Totenliste des Verbandes.

Peter Ederer, Nürnberg Arbeiter † 19. 9. 1918, 58 Jahre alt.	Morib Sommer, Dresden Katernwärter † 30. 9. 1918, 57 Jahre alt.
Gottfried Schäl, Dresden Arbeiter † 28. 9. 1918, 75 Jahre alt.	August Wiedemann, Jena Arbeiter † 28. 9. 1918, 70 Jahre alt.
Friedrich Schwarz, Barmen Straßenbahn † 12. 9. 1918, 63 Jahre alt.	Joh. Wischmeier, Schwabach Arbeiter † 26. 9. 1918, 42 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Joh. Balzerkowska, Mainz am 23. März 1918 im Alter von 40 Jahren gefallen.	Paul Förster, Berlin am 19. August 1918 im Alter von 34 Jahren gefallen.
Gustav Becker, Königsberg am 22. Juli 1917 im Alter von 40 Jahren gefallen.	Gustav Rink, Karlsruhe im Alter von 32 Jahren im Lazarett gestorben.
Fritz Becker, Königsberg am 17. Juli 1918 im Alter von 32 Jahren gefallen.	Johann Schmitt, Alzen II. im Alter von 28 Jahren gefallen.
Gottlieb Debold, Godelau gefallen.	Philipp Strauß, Alzen II. im Alter von 26 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!